

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR BAUEN,
STADTENTWICKLUNG UND
ORDNUNG**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 52. BSO 2014-2020 Sitzungsdatum: 24.06.2020 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 24.06.2020

Unter dem Vorsitz von Oliver Walther versammelte sich heute um 19:00 Uhr im Pädagogischen Zentrum der Stadt Übach-Palenberg, Comeniusstr. 16-18 der

Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.04.2020
2. Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
3. Parkplatz "An der Halde" - Vorstellung der Entwurfsplanung
4. Erweiterungen zur Tagesordnung
5. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

6. Erschließungsvertrag BP Nr. 128, Marienhöhe
7. Vergabeangelegenheiten
 - 7.1. Erneuerung der Rad- und Fußgängerbrücke zum Wurmtal über die DB - Vergabe von Nachtragsleistungen
 - 7.2. Neugestaltung des Rathausplatzes - Vergabe Liefer- und Montageleistung W-LAN
 - 7.3. Vergabe von Rahmenverträgen für die Bauunterhaltung
 - 7.4. Nachtragsvergabe Gerüstbauarbeiten Modernisierung Gymnasium
 - 7.5. Fassadensanierung Rathaus Front / Trakt B und Trakt C
8. Erweiterungen zur Tagesordnung

9. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

- 9.1.** Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 b BauGB
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	als persönliche Vertreterin für Stadtverordneten Kozián
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Tim Böven	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Josef Fröschen	CDU	abwesend während TOP 7.5
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Dietmar Lux	CDU	als Vertreter für Stadtverordneten R. Kohnen
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Johannes Bröhl	CDU
Herr Jens Meyer	CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Klaus-Giso Bernhardt	SPD	
Herr Nils Mirbach	B90/ Die Grünen	als persönlicher Vertreter für sachkundige Einwohnerin Glashagen
Herr Sebastian Schröter	CDU	

Abwesende Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken	parteilos
-------------------	-----------

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Technischer Angestellter Peter Steingass
Herr Stadtamtsrat Michael Wirth
Herr Technischer Angestellter Achim Engels

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Walther** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsbedienstete, die Zuschauer und die Vertreterin der Presse. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschuss fest.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.04.2020

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vom 29.04.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**2 Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärte, dass sie gegen die geplante Bebauung sei. Aufgrund der dort sensiblen Natur sei die Marienhöhe ihrer Meinung nach der falsche Platz für ein Wohngebiet.

Auf Nachfrage erklärte die **Verwaltung**, dass sie die Unterschriftenliste der Bürgerinitiative Marienberg der Niederschrift als Anlage beifügen werde. Die Details aus den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans würden in den Erschließungsvertrag mit dem Erschließungsträger einfließen.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie aufgrund des bestehenden Bedarfs der Bebauung zustimmen werde. Unter Bezugnahme auf die vorangegangenen Diskussionen zu den Baugebieten Mariental und Marienhöhe insbesondere im Hinblick auf deren Größe teilte sie mit, dass sie keinem weiteren Bauabschnitt in dem Bereich zustimmen werde. Sie warf der Verwaltung bei der Erschließung der Flächen eine „Salomitaktik“ vor und forderte und klare Aussage bezüglich der Grenzen des Baugebietes, um die Umsetzung der ursprünglichen Planung ausschließen zu können.

Die **Verwaltung** wies auf das bisherige Verfahren hin und die Reduzierung der Flächengröße im Nachgang zur Artenschutzuntersuchung und dem entsprechenden Gutachten. Gemäß der Wohnungsbaustudie des Kreises Heinsberg gebe es in Übach-Palenberg bis zum Jahr 2030 einen Bedarf von 400 Ein- und Zweifamilienhäusern. Im Rahmen der neuen Baugebiete im Stadtgebiet, die derzeit entwickelt werden, würden 90 entstehen, folglich gebe es einen weiteren Bedarf.

Die **CDU-Fraktion** hielt fest, dass Umwelt- und Artenschutz wichtige Bestandteile der Bauleitplanung seien. Da Übach-Palenberg eine Stadt mit einer im Vergleich kleinen Fläche sei, sei der Spagat zwischen ökologischem Ausgleich und der Schaffung von Wohnraum, der den Bedürfnissen junger Familien entspreche, schwierig. Durch Maßnahmen, wie z.B. Aufforstungen, sei dieser jedoch bisher gelungen.

Beschlussempfehlung:

1. Über die von der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Bebauungsplan Nr. 128 – Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 b BauGB wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1:

- 1.1 Einstimmig bei einer Enthaltung.
- 1.2 Einstimmig.
- 1.3 Einstimmig.
- 1.4 Einstimmig bei einer Enthaltung.

Zu 2:

Jeweils einstimmig.

Zu 3:

**13 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme**

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in den Abwägungstabellen jeweils einzeln abgestimmt)

3 Parkplatz "An der Halde" - Vorstellung der Entwurfsplanung

Die **Verwaltung** stellte die Entwurfsplanung für den Parkplatz „An der Halde“ vor und beantwortete Rückfragen der Ausschussmitglieder.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie den Parkplatz weiterhin ablehne, da der Standort in ihren Augen aufgrund der topografischen Beschaffenheit und Lage ungeeignet sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung nimmt den vorgestellten Entwurf zum Neubau eines PKW-Parkplatzes 'An der Halde' zustimmend zur Kenntnis und fasst den Baubeschluss.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

4 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

5 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Die **Verwaltung** berichtete über eine Berichterstattung betreffend Übach-Palenberg in der Aachener Zeitung vom 29.06.2020 und zitierte aus dem Artikel "Übach-Palenberg im Dynamik-Ranking vorn". Der Artikel sowie die Studie „Kommunalranking NIRW 2020“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Anfragen:

1. Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass die Wurmbrücke im Stadtteil Zweibrüggen städtisch sei. Die Brücke sei leider in einem sanierungsbedürftigen Zustand und aufgrund der Ergebnisse eines Statikers sei das zulässige Gewicht für Fahrzeuge beschränkt worden. Wie lange diese Übergangslösung praktikabel sei, könne der Statiker nicht einschätzen. Hierfür würden zukünftig weitere Untersuchungen durchgeführt. Planungskosten zur Sanierung würden in den Haushalt 2021 eingestellt.

2. Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass die Möblierung und Begrünung des Rathausplatzes nach Abschluss der Bauarbeiten erfolgen werde. Dem Betreiber der Eisdiele habe die Verwaltung angeboten, vier der sechs angrenzenden Parkplätze als Sondernutzungsfläche in den Sommermonaten nutzen zu können. So hätte dieser die Möglichkeit eine größere Fläche für die Außengastronomie zu nutzen und im Winter ständen mehr Parkplätze zur Verfügung. Bisher habe der Gastronom noch keinen entsprechenden Antrag gestellt.

Ausschussvorsitzender Walther schloss um 20.05 Uhr die öffentliche Sitzung.

Walther
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin